

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Im vergangenen Jahr hat die Stadt kein Schuldendesaster erlebt und es sind keine „griechischen Verhältnisse“ eingetreten. Die deutlich erhöhten Landeszuschüsse zu den Kosten der Kinderbetreuung haben sich positiv auf unseren Haushalt ausgewirkt und der nunmehr gesicherte Landeszuschuss zur Instandhaltung des Freibades Oberstrot, die niedrigen Zinsen sowie die noch weiter gesunkenen Energiepreise führen auch zu einer weiteren Entspannung der Finanzlage. Doch das enthebt uns nicht von der Aufgabe, Investitionen Nachhaltig einzusetzen. Die Reserven an fossilen Brennstoffen schwinden, der Energiehunger in den Schwellenstaaten steigt unaufhörlich und die wirtschaftliche und politische Großwetterlage wird früher oder später auch einen Beitrag leisten, dass die Energiepreise wieder deutlich ansteigen werden. Wir können daher, und sollten das auch, mehr Mut bei der Erledigung der anstehenden Aufgaben zur energetischen Sanierung unserer Liegenschaften an den Tag legen. Die Sanierung des Rathauses um ein Jahr vorzuziehen wäre ein Schritt, den wir begrüßen würden. Zugleich sollte aber auch die Sanierung der Grundschule, die nach dem letzten Energiebericht aus dem Jahre 2009 noch vordringlicher ist, wäre hier aus unserer Sicht ebenfalls jetzt in Angriff zu nehmen. Wie schon angekungen, schieben wir nach wie vor einen stattlichen Investitionsstau vor uns her. Und der Sanierungsbedarf für jede einzelne Maßnahme wird größer, je länger wir diese aufschieben. Vor allem sehe ich uns aber in der Pflicht den kommenden Generationen gegenüber, mit unseren Investitionen einen nachhaltigen Beitrag zum Schutz der Umwelt beizutragen.

(Nicht hilfreich ist es dabei Schaukämpfe aufzuführen, wie dies von der CDU-Fraktion gemacht wird, und lauthals zu behaupten, die Mehrheit des Gemeinderates habe im vergangenen Jahr verhindert, dass die Altlasten im Pfeleiderer-Areal beseitigt werden, obgleich diese Entscheidung, dass dies nicht geschieht, 2009 abschließend von der unteren Umweltbehörde der damaligen CDU-Landesadministration gefällt wurde. Wie ernst es der CDU Fraktion mit der Durchsetzung der Forderungen zum Pfeleiderer-Areal ist, wird daran

erkennbar, dass sie nicht einmal im Ansatz bei Ihren Haushaltsanträgen die Einstellung der immensen Summen fordert, die für die propagierten Ziele notwendig wären. Aber ich nehme Sie, sehr geehrte liebe Frau Felder, gerne für den Fall in die Pflicht, dass Ihre Partei an der künftigen Regierung beteiligt sein sollte, dass die 20 Millionen Wiedergutmachung für die vom 2009 noch solventen Eigentümer des Areals nicht abgeforderte Totalsanierung auch unbürokratisch vom Land gezahlt wird. Ich meine, dass wir gut beraten, uns vorrangig die machbaren Veränderungen im eigenen Haus vorzunehmen. Konterproduktiv ist es dabei, jedes Umweltbewusstsein mit der Feststellung zu ersticken, dass wir weder Energieausweise noch ein Klimaschutzkonzept bräuchten, weil wir ja schon wüssten, was zu tun ist. Schön ist es dabei, dass die CDU-Fraktion in Sachen Klimaschutz einen ersten Schritt auf und Grüne Gemeinderäte zu gemacht hat, und zumindest die Definition von Klimaschutzziele fordert. Es ist nur wenig ist es hilfreich, ohne Kenntnis des IST-Zustandes Klimaschutzziele festzulegen. Abgesehen davon, dass es diese Ziele längst gibt, weil es in Paris hierzu eine Vereinbarung gab, weil die Bundesregierung solche Ziele anvisiert und weil das Land das Ziel ausgegeben hat bis 2020 19% CO₂-Ausstoß zu reduzieren, sollten wir alles uns mögliche unternehmen, um eine gemessen an unseren Möglichkeiten optimal Reduzierung der klimaschädlichen Gasausstöße zu erreichen.)

Umweltbewusstsein setzt voraus, dass man sich der tatsächlich die eigene Situation bewusst macht. Daher mahnen wir auch in diesem Jahr wieder die Erstellung der Energieausweise an. Einerseits handelt es sich um eine gesetzliche Pflicht, andererseits liegt deren Funktion genau darin, nicht wegzuschauen, wenn es um die Priorisierung von Bauinvestitionen geht. Sich dahinter zu verstecken, dass wir für diese Aufgabenstellung und -vor allem- für die daraus resultierenden Anforderungen kein Geld hätten, ist verantwortungslos gegenüber den nachfolgenden Generationen, die die Folgen des Klimawandels – von gehäuften Unwettern über Vegetationsrückgängen bis hin zu drohenden Massenfluchtbewegungen – letztlich erleiden würden. Außerdem beantragen wir wieder, dem Beispiel vieler anderer Kommunen, nicht zuletzt von Weisenbach zu folgen und die notwendigen Mittel zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Da Maßnahmen in

diesem Bereich zugleich zu einer Eindämmung des Energieverbrauchs und damit zu langfristigen und nachhaltigen Kosteneinsparungen führen und besonders gefördert werden, sind die damit verbundenen Kosten gut verkraftbar. Für die Umsetzung eines solchen Konzepts bedarf es einer verantwortlichen Person, die Maßnahmen vorschlägt, koordiniert und die Einwohnerinnen und Einwohner Gernsbachs bei der Umsetzung eigener Maßnahmen unterstützt. Für die Erstellung des Konzeptes, in dessen Rahmen auch die erforderlichen Daten für die Energieausweise mit ermittelt werden könnten, gibt es Bundeszuschüsse. Die oder der Klimaschutzbeauftragte kann ausserdem bei der Erschließung von Förder- und Zuschussmöglichkeiten sowohl für die Bürger als auch für die Stadt behilflich sein.

Wir fordern für das laufende Jahr auch, den Aufenthaltswert in der Altstadt und den Wohnwert in der Stadt und in den Stadtteilen durch eine nachhaltige Förderung des nicht motorisierten Nahverkehrs deutlich zu verbessern und die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Altstadt und der Umsetzung der bereits 2013 anvisierten Fuß- und Radwegeplanung mit Nachdruck umzusetzen. Den Rad- und Fußgängerverkehr sicherer und barrierefrei zu gestalten ist nachhaltig, denn es erhöht den Wohnwert der Stadt mit entsprechenden Folgen für die Bevölkerungsentwicklung und bindet damit auch Kaufkraft an Gernsbach. Der Standortvorteil einer Stadt, in der sich Kinder und ältere Menschen sicher fortbewegen können ist gerade heute von großer Bedeutung für die Wohnortwahl. Auch wäre dies zur Förderung des Selbstbewusstseins der Gernsbacherinnen und Gernsbacher ein wertvoller Beitrag und hätte letztlich auch eine positive Auswirkung auf den Tourismus. Deshalb fordern wir, ausreichende Mittel zur Einrichtung einer Fußgängerzone im Bereich der Hauptstraße sowie der Sperrung des Durchgangsverkehrs in der Kornhaus- und Amtsstraße und für die abschließende Erstellung und Umsetzung eines Rad- und Fußwegekonzeptes in den Haushalt mit aufzunehmen. Insbesondere die Erhöhung der Sicherheit auf den Schulwegen und der Abbau von Barrieren für Gehbehinderte und Radfahrer ist uns dabei ein großes Anliegen.

Schließlich sollten wir auch für die im Zusammenhang die mit einer Einrichtung einer Fußgängerzone zu erwartenden Verschärfung der Parksituation auf dem Färbertorplatz eine Lösung angehen und eine Parkraumbewirtschaftung des

Färbertorplatzes bei gleichzeitiger Vergrößerung der Stellplatzanzahl auf gleicher Fläche realisieren. Zu den Hauptstoßzeiten ist der Parkplatz schon jetzt völlig überlastet. Eine Parkraubewirtschaftung würde zu einer Steuerung der Parkströme führen. Mobile Menschen könnten auf weiter entfernt liegende Parklätze ausweichen oder, bei kurzen Wegen ganz auf die Nutzung des PKW verzichten. Die erforderliche Stellplatzmenge für Lehrpersonal der Schulen vor Ort und für externe Schüler sowie Anwohner ein Kontingent zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung sollte hierzu das Gespräch mit dem Kreis suchen, um die Vereinbarung über die Stellplätze für das Lehrpersonal und die Schülerinnen und Schüler der HLA zu aktualisieren. Für den Einzelhandel könnten Kurzzeitparklösungen installiert werden, wie sie aus anderen Städten und Gemeinden bekannt sind. Im Übrigen würden weitere Einnahmen generiert werden, mit denen die Unterhaltungskosten gedeckt sind. Schließlich ließe sich auf diesem Wege Zeit gewinnen, in der andere Parkierungslösungen im Rahmen eines Verkehrskonzeptes und - gegebenenfalls – einer Umnutzung der Brückenmühle in ein Hotel- Geschäfts- und/oder Wohnnutzung entwickelt werden können.

Schließlich sollten wir uns dem Thema der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes im allgemeinen und von Anschlussunterbringungsmöglichkeiten im Besonderen offensiver annehmen, denn es ist jedenfalls absehbar, dass viele Flüchtlingen doch in Gernsbach verbleiben werden und nach dem letzten Armutsbericht auch, dass insbesondere Rentner künftig verstärkt auf günstigen Wohnraum angewiesen sein werden. Hier wird es Wohnraumförderungsmittel geben, die uns auch als Stadt neue Gestaltungsspielräume ermöglichen. Sie gilt es zu nutzen.

Der nun vorliegende Haushaltsentwurf ist – wie schon der letzte – alles andere als an Nachhaltigkeit orientiert und kann von mir nicht mitgetragen werden, weswegen ich gegen den Haushalt stimmen werde.

Haushaltsrede Thomas Hentschel 2016